

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 13 (1972)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Wege des Lebens und Höfe des Friedens : aus Anlass neuer Memoiren des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Svoboda  
**Autor:** Stemmer, Michael  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095264>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Aus Anlass neuer Memoiren des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Svoboda

# Wege des Lebens und Höfe des Friedens

Michael Stemmer  
zur Geschichte einer Geschichtsschreibung

Die Aufklärung und Revision der politischen Prozesse in der Tschechoslowakei, die von der kommunistischen Machtergreifung 1948 an faktisch bis zum Ende der Amtszeit Novotnys 1968 andauerten, hatte zu den wichtigen Programmpunkten des «Prager Frühlings» gehört. Sie war logisch mit der Rehabilitierung der Opfer und mit der Schaffung einer Garantie gegen eine Wiederholung solcher Justizverbrechen verbunden. «Denn gerade der Widerspruch zwischen dem Ideal des Sozialismus und seiner Praxis... bildete eine Hauptquelle der politischen Krise, welche mehrere Jahre hindurch die tschechoslowakische Gesellschaft kennzeichnete und im Januar 1968 ihren Höhepunkt erreichte...» So hatte Jiri Pelikan (ehemaliger Direktor des tschechoslowakischen Fernsehens) in der Einleitung zum «Bericht der ZK-Kommission der KPTsch über die politischen Prozesse und Rehabilitierungen in der Tschechoslowakei 1949—1968» geschrieben. Die sowjetische Okkupation verhinderte das Erscheinen dieses Dokumentes in der CSSR, aber es wurde auf tschechisch 1970 in Wien als Buch herausgegeben.

## Die Justizverbrechen der Stalinzeit: Von der unbewältigten zur ungenannten Vergangenheit

Die Sonderkommission war im April 1968 von der Partei- und Staatsführung unter Dubcek und Svoboda mit der Aufgabe betraut worden, «mit endgültiger Rechtskraft die Justizverbrechen gründlich zu überprüfen, die zur Zeit der politischen Prozesse (1948—1954) massenhaft begangen wurden, vornehmlich den Justizmord am ehemaligen KPTsch-Generalsekretär Rudolf Slansky und an zehn seiner Mitangeklagten». Gleichzeitig hatte die Kommission auch den Gründen nachzugehen, warum die Rehabilitierung noch unter Zapotocky und Novotny so lange gebremst worden war, obwohl es inzwischen öffentlich bekannt und offiziell unbestritten war, dass man die Prozesse künstlich fabriziert hatte.

(Zur Zeit Chruschtschews waren die Rehabilitierungen der Opfer der Justizmorde in Osteuropa dort durchgeführt worden, wo eine neue Führung die stalinistisch belasteten Führer abgelöst hatte. In der CSSR hingegen waren die Machträger selber in den Justizfarce verwick-

kelt gewesen, so dass sie durch die Revisionsverfahren zumindest de facto desavouiert worden wären. Deshalb die viel grössere Zurückhaltung als zum Beispiel in Ungarn.)

Die Kommission unter dem Vorsitz von Präsidiumsmitglied Jan Piller hatte ihre Arbeit 1968 noch vor der Invasion am 21. August beendet. Seit dem Einmarsch ist sie laufend dezimiert worden. Ihrer Partei- und Staatsfunktionen verlustig gegangen sind z. B. Marie Nikova (aus ZK und Parlament ausgeschlossen), Leopold Hoffmann (der sein Mandat in der Nationalversammlung verlor, wo er auch im Sicherheitsausschuss gewirkt hatte) und der Historiker Karel Kaplan, gegen den nach seinem Ausschluss aus der zentralen Kontroll- und Revisionskommission ein Disziplinarverfahren durchgeführt wurde.

Obwohl das Dokument offiziell nicht für ungültig erklärt worden ist, geht es der sowjetisch bevormundeten heutigen Führung offensichtlich nicht um seine Veröffentlichung, sondern um seine Vertuschung. Sie ist dank der wieder eingeführten strengen Zensur und dank der Abschaffung jeglicher Rede- und Meinungsfreiheit natürlich leicht vorzunehmen. Noch immer möglich ist es aber auch, dass der Bericht, zu

In Prag ist der erste Band eines neuen Memoirenwerks von Staatspräsident Ludvik Svoboda erschienen. Die «Wege des Lebens» behandeln die noch relativ unverfänglichere Periode bis 1939, aber doch verdient das Buch Beachtung. Wie schon die letzte, wesentlich veränderte Auflage (1970) seiner Erinnerungsschrift «Von Busuluk bis Prag» widerspricht es der Geschichtsschablone, die seit der sowjetischen Okkupation in der Tschechoslowakei wieder Geltung hat. Ausgerechnet in der Zeit, da der «Prager Frühling» restlos liquidiert wurde, haben Svobodas Veröffentlichungen erstmals Charakteristiken, die als Abweichung von der offiziellen Geschichtsschreibung gedeutet werden können. Was ist davon zu halten?

Michael Stemmer, ein ehemaliger Mitkämpfer Svobodas (während des Krieges in Russland) und bis 1969 im Prager Verteidigungsministerium, stellt hier tschechoslowakische Geschichtsschreibung anhand der öffentlichen Äusserungen Svobodas in die tschechoslowakische Geschichte hinein, zu der beispielsweise auch die Schauprozesse gehören, für die der seinerzeitige Verteidigungsminister Svoboda mitverantwortlich war. Es erweist sich, dass die Abweichung von der offiziellen Unehrlichkeit an sich noch keine Garantie für Ehrlichkeit ist. In der Entwicklung Osteuropas bis zum heutigen Tage ist die Wahrheit ebenso komplex wie die Lüge.

dessen grundsätzlicher Notwendigkeit sich schliesslich auch die ganze heutige Partei- und Staatsführung bekannt hatte (Präsident Svoboda gehörte ja zu den Auftraggebern), nicht einfach verschwunden bleibt, sondern retouchiert und gemäss sowjetischen Wünschen umfunktionierte wird. Vorderhand lässt man es bei der Politik des einfachen Stillschweigens bewenden, bei der man sich immer noch verschiedene Entscheide vorbehalten kann.

Im Unterschied zur Lage in den fünfziger Jahren hat heute allerdings die direkte Leugnung der Justizverbrechen und ihrer Umstände keine Aussicht auf die geringste Glaubwürdigkeit, schon wegen des bisher veröffentlichten Materials. «Das Geständnis» von Artur London (ehemaliger Vize-Aussenminister und einer der 14 Angeklagten im Slanskyprozess), die Bücher von Eugen Loebel (ehemaliger erster Wirtschaftsexperte der KPTsch) und von Frau Slansky, die bisher publizierten Teile der Arbeiten des Historikers Karel Kaplan sind solche Dokumente. Sie überführen vornehmlich die Partei- und Staatsführung der Jahre 1948—1954 der Mittäterschaft an Justizverbrechen, die in der gut tausendjährigen Geschichte der Tschechen und Slowaken ohne Beispiel sind.

Eine Aufnahme des Autors unseres Berichtes einige Tage vor dem sowjetischen Einmarsch in die CSSR. Oberst Stemmer (rechts) bei einer Besprechung mit dem damaligen tschechoslowakischen Generalstabschef Otokar Rytir.

Dr. iur. Michael Stemmer war Kampfgefährte Svobodas seit 1942, als die tschechoslowakische Armee in der Sowjetunion aufgestellt wurde, und rückte mit dieser, vom jetzigen Staatspräsidenten kommandierten Einheit in die Tschechoslowakei ein. Später amtierte er im Prager Verteidigungsministerium, wo er als Beauftragter für Militärpublizistik avancierte, insbesondere als Redaktor des Armes-Zentralorgans «Obrana lidu». Oberst Stemmer verliess die CSSR 1969 und lebt seither im Ausland.





«Gütige Vaterfigur» Svoboda in einer Aufnahme vom 10. Juni 1968. Auch Marschall Pétain war eine Vaterfigur gewesen, bevor er zum Präsidenten eines Okkupationsregimes wurde.

### Svoboda schreibt seine Memoiren um: ausserhalb der Schablone, aber innerhalb der Rechtfertigungspolitik

Zu dieser Partei- und Staatsführung gehörte damals auch der heutige Staatspräsident Ludvik Svoboda. Von ihm soll hier die Rede sein.

Im Herbst 1971 ist im tschechoslowakischen Militärverlag «Nase vojsko» der erste Band von neuen Memoiren des ehemaligen Armeegenerals Ludvik Svoboda unter dem Titel «Wege des Lebens» erschienen. Laut KPTsch-Zentralorgan «Rude Pravo» ein «Buch von Verstand und Herz».

Ein Jahr zuvor hatte der gleiche Autor sein bisheriges Erinnerungsbuch «Von Busuluk bis Prag» in sechster Auflage gebracht. Es handelte sich um eine Neufassung, die den fünf vorangegangenen Ausgaben widersprach. Ein gewisses zeitliches Paradox bestand darin, dass dort einige Früchte des «Prager Frühlings» angeboten wurden, den man unterdessen sonst liquidiert hatte. Auch das neueste Buch «Wege des Lebens» ist zum Teil noch Folge davon, zum andern Teil allerdings bereits wieder Korrektur. Anscheinend hinkt Memoirenschreiber Svoboda der jeweils massgeblichen politischen Konstellation immer um etwas hinterher. Seine Alibifunktion als kontinuierlicher Staatspräsident seit 1968 gestattet ihm Abweichungen nicht nur von der historischen Wahrheit, sondern auch von der augenblicklich geltenden offiziellen Lüge, an die sich andere Leute zu halten haben. Auf jeden Fall verdient die Zäsur zwischen dem früheren Memoirenwerk und den beiden Publikationen von 1970 und 1971 festgehalten zu werden.

«Von Busuluk bis Prag» war in seinen ersten fünf Ausgaben im Sinn und Stil der Geschichtsschreibung verfasst, wie sie von der Führung zwischen 1948 und 1967 vorgeschrieben wurde. So war nach dieser Version die KP alleinige und ausschliessliche Führungskraft des bewaffneten Widerstandskampfes im Ausland während des Zweiten Weltkrieges. Die offizielle

Exilregierung in London unter Benes, die im Kriege schliesslich auch von Moskau und von den dortigen Exilkommunisten unter Gottwald als offiziell massgebliche Vertretung des Landes anerkannt war, wurde vom Memoirenschreiber Svoboda der fünfziger und sechziger Jahre gerade noch als «bourgeoise Clique und Agentin der westlichen Imperialisten» erwähnt.

Erst im «Prager Frühling» 1968, als die historische Wahrheit, die Svoboda schon aus erster Hand bekannt war, ohnehin ans Tageslicht zu kommen begann, besann er sich auf seine Pflicht ihr gegenüber. Er erklärte das durch die neue Zugänglichmachung von Dokumentation — als ob sie auch für ihn neu gewesen wäre.

Im Nachwort zur sechsten Auflage seines Erinnerungswerkes «Von Busuluk bis Prag» schrieb er:

*«Ich habe es für richtig befunden, in dieser Auflage einige Aenderungen vorzunehmen. Ich tat es nicht deshalb, weil ich meine Ansichten in grundsätzlichen Fragen geändert hätte, beispielsweise bezüglich des Münchner Abkommens. Auch ging es mir nicht darum, von Grund auf jenen komplizierten Komplex von Fragen neu zu werten, die so schicksalhaft in das Leben unseres Landes eingegriffen haben. Aber der grosse Zeitabstand, der Zutritt der Historiker zu weiteren Dokumenten, die sich auf die Zeit meines Berichtes beziehen, und nicht zuletzt der Rehabilitierungsprozess, der über die Schuld oder Unschuld etlicher Persönlichkeiten entschieden hat oder noch entscheiden soll, haben mich zum Entscheid geführt, einige Aenderungen vorzunehmen.»*

*Meine (persönlichen; Anm.) Erinnerungen und Erlebnisse habe ich nicht im geringsten berichtigt. Es geht also nicht um eine Aenderung, die durch die augenblickliche Situation (Prager Frühling und 21. August 1968; Anm.) diktiert würde, sondern ausschliesslich darum, auch in der historischen Retrospektive niemandem nahezutreten...»*

Bekennnis? Tätige Reue? Oder gar ein Geständnis, am verübten Unrecht teilgenommen zu haben? Genügen einige kurze Zeilen, Svoboda von der Mitschuld an Unrecht und Justizverbrechen freizusprechen, die während seiner Amtszeit als Verteidigungsminister an zahlreichen Offizieren der tschechoslowakischen Streitkräfte begangen wurden?

### Die Frage nach dem Standpunkt

Im neuen Band «Auf den Wegen des Lebens» ist etliches von der 1968 «gefundenen» Objektivität übernommen. So wird die antifaschistische Einstellung der bürgerlichen Regierung in Prag anerkannt, ebenso die Tatsache, dass nichtkommunistische Kräfte und Gruppierungen ihren Anteil am Kampf gegen die Nazis hatten. Andererseits tauchen schon wieder einige gute alte Schablonen auf, etwa die Darstellung der Exilregierung in London (die übrigens die auch von Stalin und Svoboda anerkannte Regierung nach dem Kriege bis 1948 war) als eine «Agentur der westlichen Imperialisten, deren Hauptaufgabe darin bestand, den Bolschewismus nicht nach Mitteleuropa hineinzulassen...» Von der Sowjetunion wird gesagt, sie nehme «mit ihrer konsequenten antifaschistischen Friedenspolitik (samt Bündnis mit Hitler?; Anm.) ihre (internationalen) Verpflichtungen

immer ernst». Und «immer» gilt ja wohl auch für den 21. August 1968, obwohl dieser Band nur den Erinnerungen bis 1939 gewidmet ist. Und im «richtigen Klassenstandpunkt» ist auch die folgende Stelle gehalten, ob sie nun «die grösste Lebenserkenntnis» Svobodas ausdrückt (so «Rude Pravo») oder nicht:

*«Die Tschechoslowakei baute (1938, vor dem Münchner Abkommen; Anm.) vor allem auf Frankreich, das uns nicht viel helfen konnte und auch nicht helfen wollte, wie sich in der kritischen Zeit herausstellte. Die Tschechoslowakei verzichtete auf die Hilfe der Sowjetunion, die uns helfen konnte und wollte... Es ist anzunehmen, dass das tschechoslowakische Volk unter dem Eindruck dieser Hilfe sich dergestalt hätte revolutionieren lassen, dass es eine gewisse Berichtigung oder gar Aenderung der herrschenden Gesellschaftsordnung in Richtung auf den Sozialismus erzwungen hätte...»*

Und das über die Macht, die ein Jahr später gemeinsam mit dem verbündeten Hitlerdeutschland Polen überfallen und die Neuordnung Osteuropas nach hitlerfaschistischen Vorstellungen organisieren sollte.

### Als Svoboda selber auf der Abschlussliste stand

In ihrer Mehrdeutigkeit zwischen alt-neuem Stalinismus und der Distanzierung davon, zwischen «Prager Frühling» und seiner Liquidierung, werfen die Memoiren Svobodas die Frage auf, welche Redlichkeit von Svoboda wann zu erwarten ist. Auf welcher Seite der Barrikade steht er und stand er jeweils?

Lassen wir den Bericht der «Pillerkommission» sprechen, die in der CSSR selbst seit dem 21. August zum Schweigen verurteilt ist. Dieses amtliche Gremium kam auf Grund von Dokumenten (die Svoboda wenigstens zum Teil bekannt waren) und Aussagen von Zeugen (zu denen er sogar gehörte) zum Schluss, dass zur Zeit der politischen Schauprozesse das tschechoslowakische Offizierskorps in seiner Gesamtheit das Misstrauen der damaligen Sowjetvertreter erregte. Und das bezog sich nicht nur auf die Angehörigen der sogenannten westlichen Militäreinheiten, sondern auch auf die ehemaligen Kommandanten der tschechoslowakischen Streitkräfte in der Sowjetunion.

In einem Brief vom 8. April 1950 an Gottwald (Staatspräsident 1948—1953) begründete die KPdSU (d. h. Stalin), warum sie einem Ersuchen des damaligen Verteidigungsministers General Svoboda nach Entsendung sowjetischer Berater nicht stattgeben wolle. Gottwald wurde unter anderem von folgendem in Kenntnis gesetzt:

*«Unsere Militärexperten betrachten General Svoboda nicht als einen Vertrauensmann... Es wird nicht gut möglich sein, ihm militärische Geheimnisse offen anzuvertrauen...»*

Natürlich kamen die sowjetischen Berater trotzdem, aber nicht zu Svoboda. Genau 16 Tage nach der Uebermittlung des zitierten Briefes an Gottwald, am 24. April 1950, wurde dessen Schwiegersohn Dr. Cepicka, ein absoluter Laie in militärischen Belangen (und übrigens mein ehemaliger Mitsstudent an der Prager Juristischen Fakultät), zum neuen Verteidigungsminister gemacht, Svoboda hingegen zu einem der fünf stellvertretenden Ministerpräsidenten und

zum Vorsitzenden des Komitees für Sport und Körperertüchtigung. Dieser Wechsel war begleitet von durchgreifenden personellen Änderungen im gesamten Verteidigungsministerium und Offizierskorps. (Darnach übernahm man gleich Dienstreglement und Disziplinarordnung des sowjetischen Militärs für die einheimische Armee.)

Für Svoboda noch gefährlicher war die Wertung, die 1951 in Moskau auf einer Sitzung von Parteiführern der sozialistischen Länder über ihn abgegeben wurde.

Der damals noch allmächtige KPTsch-Generalsekretär Rudolf Slansky (er hatte noch keine Ahnung, dass die Säuberungen auch ihn ergreifen und sogar töten würden) stellte dort das allzu lange Verbleiben Svobodas als einen «Hauptgrund» dar, weshalb die grossen Februarereignisse (Machtübernahme 1948) zu keiner Änderung in der Armee geführt hätte. Insbesondere sagte Slansky (ich zitiere aus einem Dokument, das 1968 nicht nur der «Pillerkommission», sondern auch allen zuständigen Stellen für die Wiederaufnahmeverfahren der politischen Prozesse und einer Anzahl von Sachverständigen, wie Historikern, Staatsanwälten, Richtern und Advokaten zugestellt wurde):

«Er (Svoboda; Anm.) umgab sich mit Offizieren von der Sorte eines Drgac, Drnec, Klapalek, Novak, Bulandr (diese Generäle wurde alle in Schauprozessen zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt; Anm.), die Legionäre gewesen sind (tschechische Legionäre hatten nach der Oktoberrevolution in Russland auf seiten der zaristischen Truppen und der Interventionsarmeen westlicher Verbündeter gegen die Rote Armee gekämpft; Anm.). Sie alle hatten keine positive Einstellung zur sowjetischen Militärdoktrin, und einige von ihnen waren, wie der ‚Fall Bulandr‘ beweist, direkte Agenten der Anglo-Amerikaner. Wir begingen einen Fehler, als wir Svoboda und seine Schützlinge so lange in Schlüsselpositionen der Armee belassen und sie erst auf eindringliche Empfehlung Stalins hin beseitigten...»

«Empfehlung» ist übrigens gut. Jedenfalls aber waren das in der damaligen Säuberungsschwangeren Zeit gefährliche Aussagen.

#### **Damals im Krieg: «... keinen Hehl aus seiner antisowjetischen Gesinnung ...»**

Obwohl sie inhaltlich keineswegs etwa neu waren! Sie waren, nur mit ein bisschen andern Worten, schon neun Jahre zuvor gemacht worden. In Busuluk, jener kleinen Stadt am Südbang des Urals, in der sich im Februar 1942 das 1. tschechoslowakische Feldbataillon unter Oberstleutnant Ludvik Svoboda organisierte. Damals sandte Dr. Jaroslav Prochazka, den der Komintern-Vorsitzende Dimitroff persönlich zum ersten politischen «Gehilfen» Svobodas bestimmt hatte, einen Situationsbericht aus Busuluk nach Ufa an Klement Gottwald. Ich zitiere wiederum nach der Dokumentation für die Rehabilitierungskommission Pillers:

«Die ‚Orankygruppe‘ (Oranky war eines der Internierungslager der Tschechoslowakischen Legion in Polen vor dem Eintritt der UdSSR in den Zweiten Weltkrieg am 22. Juni 1941; Anm.), 90 bis 97 Mann stark, stellt eine speziell ausgesuchte, militärisch straff gedrückte Einheit dar. Das Hauptverdienst daran hat

Oberstleutnant Ludvik Svoboda. Die Einheit umfasst Hauptmann Ladislav Bedrich, junge aktive Offiziere und einige Unteroffiziere, die dazu berufen sind, ein willfähiges Instrument in der Hand des Kommandanten zu bilden... Die führenden Männer der Gruppe nehmen zum Kommunismus eine ausgesprochen feindliche Haltung ein und machen aus ihrer anti-sowjetischen Gesinnung keinen Hehl...»

In Busuluk wird ein heimlicher, hartnäckiger Kampf zwischen faschistischen (alles freiwillige Kämpfer gegen Hitler!; Anm.) und kommunistischen Elementen geführt... Es ist zu erwarten, dass sich die getarnte Arbeit der Faschisten nach dem Besuch Gottwalds (Ende Mai 1942; Anm.) noch verstärken und zu noch heimtückischeren Methoden greifen wird... Diesem Zustand muss ein Ende gesetzt werden, ... hauptsächlich durch Dekapitation, das heisst durch Beseitigung der Führer und Hauptschuldigen der antisowjetischen und antikommunistischen Wühlarbeit... Gelingt dies, wird unsere Aufgabe erleichtert, die ganze Einheit auf den rechten Weg zu bringen... Svoboda und allen seinen ihm treu ergebenen Offizieren darf nicht über den Weg getraut werden... Sie alle müssen unter ständiger Kontrolle stehen...»

Und noch deutlicher wird jener Situationsbericht in seinem Schlussabsatz:

«Die Armee weist eine bunte Zusammensetzung auf. Eine der grundlegenden Aufgaben besteht demnach darin, diese Menschen zu einigen, sie für den Gedanken eines gemeinschaftlichen Kampfes zu gewinnen... Und dass diese Arbeit insbesondere im Anfang nicht zufriedenstellend erfüllt wurde, dass eine spalterische, zersetzende Tätigkeit, eine Zwietracht störende Tendenz erfolgreich fortgesetzt werden konnte, daran trägt die Hauptschuld vor allem die ‚Orankygruppe‘, genauer ausgedrückt Oberstleutnant Ludvik Svoboda und die Clique seiner engsten Mitarbeiter, mit denen er sich umgibt und die ihn am stärksten beeinflussen.»

Der Komintern-Beauftragte kam zu dieser Analyse (über deren Richtigkeit oder Unrichtigkeit sich Stalin anscheinend kein endgültiges Urteil bildete), obwohl es Svoboda an Loyalitätsbezeugungen sowohl zur UdSSR als auch zur KPdSU und KPTsch nicht hatte fehlen lassen. Er hatte schon im ersten Internierungslager «jede antisowjetische Kundgebung in der Einheit» strengstens untersagt und entbot ferner etwa am 28. Mai 1942 Klement Gottwald vor der ganzen Einheit in Busuluk ausdrücklich seine Gefühle der Freundschaft und Liebe.

Gewiss: Svoboda war eine von den Stalins und Gottwalds geschobene Figur, einmal erhöht, einmal erniedrigt. Und er musste in diesem Spiel verschiedene Rollen spielen. Aber ist dabei eine Rolle seine eigene?

Heute schreibt jener General Svoboda, von dem Slansky sagte, ihm sei nicht über den Weg zu trauen, relativ ungestört und relativ ungezwungen seine Memoiren. Assiiert wird er dabei von seinem ihm treu gebliebenen Leibhistoriker Moulis, nachdem die meisten seiner ehemaligen Mitarbeiter und Berater vom Militärgeschichtlichen Institut in Prag die Feder des Historikers mit der Spitzhacke des Bergarbeiters oder mit der Axt des Holzfällers vertauschen mussten, weil sie sich nicht zur Rechtfertigung der Invasion vom 21. August 1968 hergeben wollten.

#### **Svoboda über seinen «intimen Freund» Jan Masaryk: Gegen die offizielle Historik, aber trotzdem gegen die geschichtlichen Tatsachen**

Das Jahr 1948 hatte begründete Hoffnungen aufkommen lassen, dass man die Februarereignisse von 1948, die den Auftakt zu den Schauprozessen in der Tschechoslowakei bildeten, in ihrer ganzen Wahrheit aufzeigen werde. Dazu hatte der Fenstersturz von Aussenminister Jan Masaryk (Mord? Selbstmord? Oder?) gehört. Natürlich ist es mit diesen Bemühungen seit der sowjetischen Invasion aus.

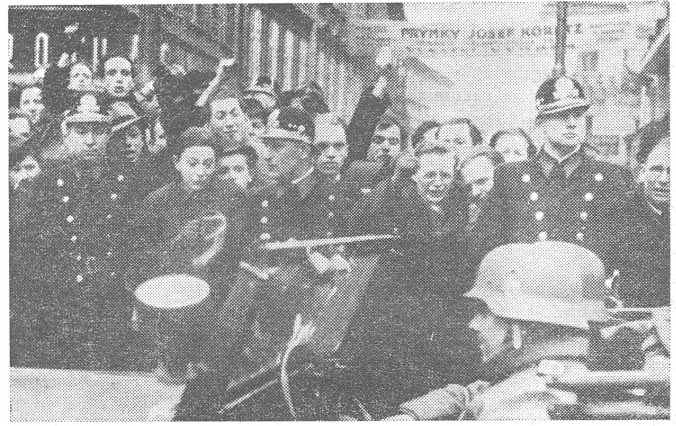
Svoboda bringt hier nichts zur Klarlegung der Fakten, die vorerst erforderlich wäre, wohl aber einiges an Deutung, die vor allem in bezug auf seine eigene Person interessant ist. Einmal darf festgehalten werden, dass er Masaryk als positive Figur und persönlichen Freund darstellt, was der wieder gültig gewordenen Klassenkampfschablone widerspricht und eher in der Kontinuität des «Prager Frühlings» liegen würde. Zum andern aber versucht er, ihn sozusagen als Befürworter der kommunistischen Machtergreifung zu präsentieren, was eindeutig der Wahrheit widerspricht.

In einem Interview für das ideologische Parteiorgan «Tvorba» vom 4. März 1970 beschrieb Svoboda, wie er einen Tag nach seiner Treuerklärung an Gottwald am 23. Februar 1948 mit Jan Masaryk gesprochen habe. Dieser habe ihm gesagt: «Ludvik, ich erkläre dir, ich gehe mit dem Volk auf Leben und Tod!» Sicher. Nur meinte Masaryk wirklich das Volk und nicht die KP-Interessenvertretung wie Svoboda.

«Ich fragte ihn», so erinnert sich Svoboda, «ob er morgen, auf einer Versammlung des obersten Kommandostabes der Armee, sein «Credo» wiederholen würde. Masaryk sagte bereitwillig zu.»



Rudolf Slansky, ehemaliger KP-Generalsekretär, 1952 hingerichtet. Er hatte 1951 noch selbst die Säuberung Svobodas eingeleitet, der aber nach allmählicher Degradierung nur in die Verbannung seines Heimatdorfes Hrozatin geschickt wurde. Zuvor aber hatte Svoboda als Verteidigungsminister in die Säuberung und Hinrichtung von General Pika eingewilligt, obwohl er genau wusste, dass die Anklage gegen seinen Mitarbeiter erfunden war. Der Tanz zwischen Opfern und Henkern war makaber.



Links: Die sowjetische Invasion vom 21. August 1968 in Prag. Zu diesem Bild schrieb «Vjesnik», Zagreb: «Ein Bild, das an 1939 erinnert.» Bild rechts: Die deutsche Okkupation von 1939.

Das ist durchaus glaubhaft. Und zweifellos ehrlich waren auch anderntags die Worte Masaryks vor den höchsten tschechischen Generälen: «Meine Herren Generäle, Soldaten, Brüder! Ihr tragt auf euren Schultern die ungeheure Verantwortung dafür, dass kein einziger Schuss aus einem Soldatengewehr auf das Volk abgegeben wird... Schiessen, ja — aber nur auf den Feind.»

Jan Masaryk fiel als erstes Opfer. Und in seinem «Credo» hatten keinerlei Illusionen über kommunistische Machtverhältnisse Platz gehabt. In einem Gespräch mit seinem Privatsekretär sagte er:

«... und selbst wenn ich alles schlucken könnte, was Marx und Engels, Lenin und Stalin samt allen andern Päpsten und Kardinälen zusammengeschrieben haben, müssten sie mich doch nach Sibirien schicken. Nie würde ich es über mich bringen, auch die Methoden zu schlucken, welche die Kommunisten anwenden und vielleicht anwenden müssen, um alles praktisch durchzuführen. Ich würde mich immer wieder fragen: Wofür steht dieser Preis? Für diese Millionen unglücklicher Menschen? Für die gestohlene Freiheit? Mich müssten sie aufhängen. Es wäre viel zu schwer, mich zu überzeugen...»

(Otto Fischl: «Gespräche mit Jan Masaryk», Tel Aviv 1952, tschechisch.)

Solche Fragen hat sich Svoboda nicht gestellt. Weder im Februar 1948 noch im August 1968. Und offenbar auch nicht während der politischen Schauprozesse, die während seiner Amtszeit als Verteidigungsminister (1945—1950) einsetzten. Hier ist ein fundamentaler Unterschied zu Jan Masaryk, den Svoboda in seinen Memoiren und andern öffentlichen Äusserungen seinen «lieben, intimen Freunde» nennt.

Als Jan Masaryk im April 1947 in einem ihm von Svoboda zur Verfügung gestellten Flugzeug von London nach Prag flog, äusserte er seinem Privatsekretär gegenüber:

«Wie wollen Sie ein Volk erziehen ohne Tradition zur Freiheit? Wir Tschechen sind ein unglückliches Volk... Wie sollen wir uns die Freiheit bewahren? Zuerst kamen die Habsburger. Gott allein weiss, wie uns die dreihundert Jahre den Rücken gekrümmt haben. Endlich kommt die Freiheit (1918; Anm.). Und zwanzig Jahre später kommt Hitler. Und jetzt, zwei Jahre nach dem Krieg, sieht es so aus, als wenn uns von aller Freiheit bald nur noch der General übrig-

bleiben wird, in dessen Aeroplan wir jetzt fliegen (Svoboda heisst auf deutsch Freiheit; Anm.). Und der ist, unter uns gesagt, auch nicht viel wert...»

So war das «Credo» Jan Masaryks wirklich, und es kostete ihm sein Leben. Er wurde zum ersten Opfer der Geister, welche die KP mit Unterstützung Svobodas entfesselte. Er half ihr, im Februar 1948 die Verfassung zu verletzen. Ohne von den Truppen gestört zu werden, die auf den Schutz der Verfassung vereidigt waren, führten Gottwalds «Aktionsausschüsse» (fast ausschliesslich aus organisierten Kommunisten bestehend) ihre «Säuberungen» von Behörden und Staatsverwaltung durch, mit dem «Mandat», das sie sich selbst gegeben hatten und nicht etwa das Volk. Zu den Folgen dieser Zerstörung des Grundgesetzes gehörten auch die politischen Prozesse der fünfziger Jahre.

**Der Schauprozess gegen General Pika: Eindeutige Mitverantwortung Svobodas**

Diese Verfahren gehörten zweifellos zu den schrecklichsten «Deformationen» (um den auch 1968 noch gängigen Euphemismus zu gebrauchen). Mit der Errichtung eines Staatsgerichtshofs durch die KPTsch im Februar 1948 wurde die Praxis der Kabinetjustiz eingeführt. Der Inhalt bestand darin, dass die Urteile von Kommissionen des Justizministeriums und von Parteiorganen gefällt wurden. Bald war dann ein vollendetes System zur Vorbereitung von Gerichtsverfahren geschaffen, bei denen alles zum voraus entschieden war.

Zu den Hauptaufgaben nicht nur der «Pillerkommission», sondern auch der Rehabilitationskommission im Verteidigungsministerium, zu der ich als Oberst der Militärpresse offiziellen Kontakt hatte, gehörte die Feststellung der Verantwortung für die Justizverbrechen und für die verzögerte bis verhinderte Rehabilitierung ihrer Opfer. Im Resümee:

Die politische Verantwortung für die politischen Prozesse und ihre Revision tragen die Organe und Funktionäre, welche das deformierte politische System schufen. Von den Staatsbehörden trägt der Staatssicherheitsdienst die schwerste Verantwortung (zu ihm gehörten auch die Justizorgane und die Abteilung für Konterspionage des Verteidigungsministeriums). Vor allem sind die Staatspräsidenten Gottwald, Zapotocky

und Novotny, die Minister und ihre Vertreter voll verantwortlich.

Einer dieser Minister war nun auch Verteidigungsminister General Ludvik Svoboda.

Während Svobodas Amtszeit wurde der erste und grösste politische Schauprozess gegen einen hohen General der tschechoslowakischen Armee aufgezogen, gegen Heliodor Pika, den ersten stellvertretenden Generalstabschef. Er wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet. Niemand wusste besser als Svoboda, dass die Anklage vom ersten bis zum letzten Wort erfunden war. Seine Verantwortung an diesem beispiellosen Justizmord in der Geschichte der tschechoslowakischen Militärgerichtsbarkeit ist fast so gross wie die des ersten «Arbeiterpräsidenten» Klement Gottwald, der das Todesurteil bestätigte und das Gnadengesuch zurückwies, ohne es auch nur gelesen zu haben.

In der «berichtigten» sechsten Auflage des Buches «Von Busuluk bis Prag» schreibt Svoboda: «... Ich will nicht den Richter über Staatspräsident Dr. Benes spielen... nicht über die Menschen, mit denen er sich umgab... Das ist Sache unseres Volkes und der Geschichte...»

Zu den Menschen, die Benes umgaben, gehörten General Svoboda und General Pika. Es ist richtig, das Urteil von Volk und Geschichte anzurufen. Für den Tag, an dem es gehört werden kann.

*Unsere Meinung*

In Moskau ist Wladimir Bukowskij wegen Meinungsdelikten zu sieben Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden: Zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Lager «strenger Ordnung», das heisst unmenschlichen Regimes, wie man den Aussagen Martschenkos und anderer Zeugen entnehmen kann.

Diese sieben Jahre (denen sich im Erlebensfalle fünf Jahre Verbannung anschliessen sollen) werden die Zeit verdoppeln, die der 29jährige schon bisher abgesehen hat, denn in den letzten zehn Jahren (er lernte sein erstes KZ mit 19 Jahren kennen) befand er sich jeweils nur für kurze Zeit in Freiheit. Und seine bisherige Behandlung gehört zu den klassischen Widerlegungen der sowjetamtlichen Versicherungen, dass die Nervenheilanstalten nicht dazu dienten, politische Oppo-

nennten zu bestrafen, sondern Kranke zu heilen. Bukowskij befand sich nämlich abwechselungsweise in Gefängnissen, Lagern und Irrenhäusern. Von seinem ersten Besserungslager überführte man ihn noch zur Zeit Chruschtschews in die Nervenlinik von Leningrad, wo er zweieinhalb Jahre interniert war. Umgekehrt lief die Sache nach seiner erneuten Verhaftung von 1965 ab (nachdem er für die Einhaltung der sowjetischen Verfassung demonstriert hatte; das ist antisowjetische Tätigkeit), als man ihn zunächst in die psychiatrische Klinik Nr. 13 von Ljublino (eine Moskauer Vorstadt) einwies, ihn aber nach einiger Zeit als normal entliess, bis man ihn 1967 wieder für drei Jahre ins KZ einsperrte, weil er an einer Protestdemonstration für Ginsburg und Galanskow mitgemacht hatte. Bukowskij ist also abwechselungsweise als Krimineller und als Kranker, als zurechnungsfähig und unzurechnungsfähig behandelt worden; völlige Willkür entschied darüber, ob er seine Busse für oppositionelles Verhalten jeweils eher in einer Strafanstalt (respektive KZ) oder in einem Irrenhaus leisten sollte.

Bukowskij gehört zu den vielen oppositionellen Intellektuellen der Gegenwart, deren regimefeindliches Auftreten man nicht mit klassenfeindlicher Herkunft oder Erziehung erklären kann. Er ist in stramm stalinistischen Familienverhältnissen aufgewachsen (sein Vater war bis zu seiner Pensionierung Redaktor an der Armeezeitung «Krasnaja Swesda»), und just diese Erziehung hat ihm die Augen über die fundamentale Hypokrisie und Verlogenheit des Systems geöffnet.

Bukowskij hat die Zwischenzeiten, in denen er nicht eingesperrt war, immer wieder zu Aussagen genutzt. Als Schriftsteller ist er im Samisdat allerdings nur mit einigen kleineren Erzählungen an die «Oeffentlichkeit» getreten, die mit dieser Kettenbrief-Methode erreichbar ist. Wenn freilich das Moskauer Gericht jetzt verkündet hat, er habe als Schriftsteller keine Leistung aufzuweisen, so ist das blanker Zynismus, um so mehr als sein einziger Roman nur deshalb nicht in den Samisdat-Umlauf kam, weil der KGB das Manuskript kurz vor seiner Beendigung bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmte.

Indessen trifft es zu, dass Bukowskij's Hauptwirkung in seinen direkten Protesten gegen die sowjetische Repression besteht. Sie bezogen sich auf die Unterdrückung der Menschenrechte im allgemeinen und auf die Tätigkeit der sowjetischen Psychiatrie im besonderen, die er in Parallele zur Praxis in Hitlerdeutschland setzte. Bukowskij hat sich mit seinen Aussagen an amtliche Stellen und an die ihm erreichbaren Mitbürger seines Landes gewandt. Daneben aber auch, und zwar mit aller Ausdrücklichkeit, an das Ausland. Er legte der Weltgesundheitsorganisation Unterlagen vor, er schrieb dem Internationalen Komitee für Menschenrechte. Er wollte auch im Westen gehört werden, obwohl er sich der Risiken vollkommen bewusst war.

Gerade seine letzte «Zwischenzeit» in der Freiheit hat er in dieser Hinsicht ausgenutzt, mit einem ganz ungewöhnlichen Schritt. Er stellte sich 1970 amerikanischen Korrespondenten in Moskau zu einem Fernsehinterview. Der Film, an dem auch Andrej Amalrik («Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?») und der Historiker Pjotr Jakir zu Worte kamen, ist durch westliche Fernsehsender ausgestrahlt worden.

Solche bewusste und gewollte Provokationen haben die sowjetischen Behörden, die Bukowskij im Frühjahr 1971 vor dem 24. KPdSU-Kongress festnehmen liessen, veranlasst, wieder ein Exempel zu statuieren. Bukowskij ist wegen antisowjetischer Propaganda aufgrund von Artikel 170 des RSFSR-Strafgesetzbuches verurteilt worden und nicht aufgrund der Absätze 1 bis 3 von Artikel 190, die für analoge Delikte eine Höchststrafe von drei Jahren vorsehen. (Man hatte diese Ergänzungen 1966 neu ins Strafgesetzbuch aufgenommen, um Erscheinungen wie Samisdat oder Demonstrationen, die bis anhin nicht ausdrücklich verboten gewesen waren, strafrechtlich in den Griff zu bekommen, nachdem die Verurteilung von Sinjawsch und Daniel aufgrund von Artikel 70 eine Protestflut hervorgerufen hatte.) Der Paragraph 70 anerkennt als deliktisches Ziel des Täters die «Untergrabung oder Schwächung der Sowjetmacht», wogegen die Ergänzungen zu Paragraph 190 für Fälle anwendbar sind, wo diese Absicht nicht besteht. Man ist

also zum schlichteren Terror zurückgekehrt, wie er gegen Sinjawsch und Daniel gehandhabt wurde, wahrscheinlich in der Erkenntnis, dass die Legalität der Verurteilung von Meinungsdelikten bei der intellektuellen Opposition ohnehin nicht glaubhaft gemacht werden könne, so dass die Abschreckung ohne Rücksicht auf Plausibilität wieder in den Vordergrund rückt.

Inzwischen liegen bereits analoge Provokationen vor, sogar in einem noch grösseren Rahmen als das seinerzeitige TV-Interview von Bukowskij. Im März 1971 haben nunmehr sieben Mitglieder der sowjetischen Menschenrechtsbewegung einen Film gedreht und warten wahrscheinlich darauf, dass er im Westen, wohin er hinausgeschmuggelt wurde, möglichst gezeigt wird. Neben Jakir, der wiederum dabei ist, treten hier die Frau von General Grigorenko, der Philosoph Alexander Jessenin-Wolpin und der Schriftsteller Anatolij Krassnow-Lewitin auf. Die sowjetische Opposition will weiterhin zur Kenntnis genommen werden. *cb*

Wenn von der europäischen Sicherheit die Rede ist

## Alle Abkommen mit Hitler sind ungültig!

**Wir haben in den beiden letzten Nummern die sowjetischen Vorstellungen zur Frage der europäischen Sicherheit nachgezeichnet und dabei in neun Punkten unsere Anmerkungen zur sowjetischen Glaubwürdigkeit gemacht. Nun sind darüber hinaus aber auch konkrete Forderungen zu erheben. Eine davon betrifft die Ungültigkeitserklärung der internationalen Verträge Hitlers.**

Die ausdrückliche Feststellung, dass das Münchner Abkommen von 1938 ex tunc ungültig war, das heisst von allem Anfang an keine Geltung haben konnte, ist eine Forderung, welche die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten osteuropäischen Staaten (namentlich die von jenem Vertragswerk betroffene Tschechoslowakei) mit allem Nachdruck erheben. Gerade um dieses Verlangen zu rechtfertigen, ist es nun unerlässlich, es konsequent auf alle internationalen Vereinbarungen Hitlerdeutschlands mit territorialen Folgen auszudehnen.

Die UdSSR hat anscheinend «vergessen», dass das nationalsozialistische Deutschland auch mit ihr Abkommen geschlossen hat, auf deren Grundlage ganze Staaten liquidiert worden sind. Auch hier ist die Ungültigkeit von Anfang an ausdrücklich festzustellen, damit der Weg zur Liquidierung der hitlerfaschistischen Erbschaft freigemacht wird. Es geht hier um folgende Abkommen:

1. Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 23. August 1939, dessen Bestimmungen folgende Länder und Gebiete in die Interessen- und Einflussphäre der Sowjetunion verwiesen: Finnland, Estland und Lettland (Punkt 1), Ostpolen (Punkt 2) und Bessarabien (Punkt 3).
2. Der Freundschafts- und Grenzvertrag zwischen der UdSSR und Hitlerdeutschland vom 28. August 1939, der die Liquidierung Polens und die Aufteilung seines Territoriums zwischen der UdSSR und Deutschland regelte (Punkt 1). Das geheime Zusatzprotokoll (Punkt 1) zu diesem Vertrag wies auch Litauen der sowjetischen Einflussphäre zu.
3. Die Abkommen über gegenseitige Hilfe zwischen der UdSSR einerseits und Estland (28. Sep-

tember 1939), Lettland (5. Oktober 1939) und Litauen (10. Oktober 1939) andererseits, in denen sich die Sowjetunion Stützpunkte auf fremdem Gebiet (völkerrechtswidrig laut sowjetischer Völkerrechtslehre selbst!) und Truppenstationierung sicherte.

4. Das Abkommen zwischen der UdSSR und der «Finnischen Volksrepublik» über Hilfe und Freundschaft vom 3. Dezember 1939, das sich auf die Besetzung finnischer Gebiete und Truppenstationierung bezog. Die Voraussetzungen zu diesem Vertrag waren die folgenden: Während das gesamte finnische Volk seinen verzweifelten Abwehrkrieg gegen die Rotarmisten führte, die aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes eingedrungen waren, gründete die Sowjetregierung in Moskau die Finnische Volksrepublik mit einer Regierung unter Kuusinen. Mit dieser «Regierung» schloss sie dann ihr Abkommen ab.

Die im Punkt 3 erwähnten Verträge dienten im Juni 1940 als Vorwand zur totalen Besetzung der baltischen Staaten.

Bei allen erwähnten Verträgen handelt es sich gleichzeitig um «ungleiche Verträge», die nach sowjetischer Völkerrechtslehre ohnehin von Anfang an ungültig sind.

Von allen Verhandlungspartnern der Sowjetunion ist die Forderung zu erheben, dass Moskau diese Verträge als ungültig von Anfang an erklärt. Sollte sie sich weigern, das zu tun, so ist festzustellen, dass sie sich noch heute zur hitlerfaschistischen Partnerschaft bekennt. Diese Feststellung ist dann von den Verhandlungspartnern ausdrücklich, offiziell und öffentlich zu treffen. Die Billigung der nationalsozialistischen Realitäten darf keine Grundlage zu einer europäischen Ordnung werden. *RE*